

Als Gemeinde darf man sich keinesfalls einreden lassen, daß die Erschließung mit schnellem Internet automatisch geht. So betonte der Ismaninger Bürgermeister Sedlmair in der letzten Ausgabe, wie wichtig „gnadenlos öffentlich kommunizieren“ und „Druck machen“ ist. Es kommt auf die Gemeinde an, da nichts automatisch geht ...
von Elke Neureuther

„In mehr als 1000 Kommunen existiert keine oder eine nur unzureichende Versorgung mit Breitband“ so der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die „Eigeninitiative der Städte und Gemeinden ist ... nach wie vor gefragt“, auch wenn am 20. Mai die Frequenzversteigerung durch die Bundesnetzagentur zu Ende ging. Die für rund 4,4 Mrd. Euro ersteigerten Frequenzen sind auch nur zum Teil für die Versorgung des ländlichen Raums gedacht. Die sog. „Digitale Dividende“ (Funk-Frequenzen aus dem Bereich 790 – 862 MHz) wird nun unter den Höchstbietenden binnen drei Monaten verteilt. Kommt es in dieser Frist zu keiner Einigung unter den Netzbetreibern, werden die Frequenzen durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) von Amtswegen zugeteilt.

Auch wenn die Digitale Dividende ausschließlich für den Ausbau schnellen Inter-

nets im ländlichen Raum verwendet werden soll, müssen Gemeinden ihren Anschluß selber aktiv vorantreiben. Auf der Internetseite der BNetzA <http://www2.bundesnetzagentur.de/frequenzversteigerung2010/> steht eine Liste der mit Breitband „unterversorgten Gemeinden“ nach Bundesländern und Prioritäten. Quelle waren Angaben der Bundesländer und des Breitbandatlas' des Bundeswirtschaftsministeriums. Es ist vorgesehen, daß erst 90% der Kommunen der



„SCHNELLE NETZE“, TEIL 12: Dranbleiben ...

Handwerksbetriebe in gesamt Deutschland: 975.316
(ZDH/ 12-09)

Prioritätsstufe eins versorgt werden müssen, bevor weitere angeschlossen werden dürfen. Kontrolliert wird diese Vorgabe von der BNetzA jeweils zum 31.12. eines Jahres. Als Sanktion für nicht ausbauwillige Frequenzbesitzer steht nur die Frequenzrücknahme zur Verfügung.

Gemeinden müssen aktiv werden

Bei der Planung des Ausbaus können Gemeinden bereits bestehende Infrastruktur und geplante Ausbauprojekte im Infra-

strukturatlas der BNetzA einsehen. Unternehmensangaben werden hier gesammelt und aus Datenschutzgründen nur auf Antrag der Gemeinde zur Ansicht freigegeben. Auch hier müssen Initiative und weitere Schritte von der Kommune ausgehen. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden

kann den Ausbau schneller voranbringen. Allerdings spielt „die Philosophie der Gemeinden“ eine wichtige Rolle. Mancherorts können verschiedene Vorstellungen eine Zusammenarbeit stören oder gar verhindern, so der Breitbandkoordinator in Hofbieber (Hessen)

Rüdiger Ratz. Die Gemeinde beschäftigt sich seit drei Jahren aktiv mit dem Breitbandausbau.

Hofbieber setzt auf drei Säulen für den Ausbau mit schnellem Internet, wobei das Endziel eine Glasfasererschließung ist und Funktechnologie eher als Übergangslösung gesehen wird. Bei Straßenbaumaßnahmen läßt die Gemeinde Leerrohre mitverlegen, ankommende Glasfaser-Geschwindigkeiten mit W-Lan verteilen und nimmt an einem

Modellversuch zur Digitalen Dividende teil. Für den Versuch wurde Hofbieber wegen idealer geographischer Bedingungen ausgewählt. Vor Beginn des Versuchs waren einige der 18 Ortsteile nur mit Anschlüssen unter 1 Mbit/s erreichbar. Vorbehalte der Bürger gegenüber der Funkfrequenznutzung hat es laut dem Breitbandkoordinator nach Erarbeitung einer Richtlinie der Gemeinde nicht gegeben. An dem Test mit bis zu 7,2 Mbit/S Geschwindigkeit haben sich seit Mitte Oktober 2009 32 Haushalte und 15 Betriebe beteiligt. Bisher sind 90% der Nutzer mit der Schnelligkeit zufrieden, vorher waren es 32%. In der Folge stieg die Internetnutzung.



Gemeindeverwaltung Hofbieber: Bürgermeister Marcus Schafft und die Funkversorgung mit schnellerem Internet

vom Bauamt des Kreises. Seit mindestens zwei Jahren befindet sich die Stadt Goldberg und die umliegende Region in der Ausbauphase. Anfragen bei Anbietern nach Ausbauabsichten ergaben entweder keine Rückmeldung oder Ablehnung. Nach einer öffentlichen Ausschreibung konnte Goldberg über eine Funklösung versorgt werden. Sehr schwierig

gestaltet sich der schnelle Anschluß eines Ortsteils, der im Wald liegt und daher nicht per Funk angeschlossen werden kann. Die Glasfasererschließung würde großen finanziellen Aufwand trotz Inanspruchnahme einer 90-prozentigen Förderung durch das Land bedeuten. Deshalb wird momentan nach anderen Konzepten und Anbietern gesucht.

Nach Alternativen suchen

Mancherorts muß Internet via Funk allerdings als Dauerlösung erhalten, da eine Erschließung mit Glasfaser sich nicht eignet. So zumindest stellt sich laut Bürgermeister Horst Tober die Situation in der Gemeinde Dobbertin, Mecklenburg-Vorpommern, dar. Im Ort sind 89 Betriebe ansässig. Einige Ortsteile sind nicht an schnelles Internet angeschlossen. Manche Bürger behelfen sich mit Internet via USB-Stick. Die Geschwindigkeiten sind allerdings kaum ausreichend und die Verträge dazu zwei Jahre bindend. Betreut werden die Ausbaubemühungen

Ausbauplanung im Überblick behalten

Ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern liegt der Bereich des Amtes Eldenburg Lübz mit 16 zugehörigen Gemeinden. Zu jeder Gemeinde gehören im Schnitt noch fünf relativ schwach besiedelte Ortsteile. Schnelles Internet findet sich auch hier nicht überall, meist liegen die Geschwindigkeiten unter 2 Mbit/s. Mancherorts liegt der Versorgungsgrad sogar nur bei 386 Kbit/s. Auch hier behelfen sich Unternehmen mit

extra Lösungen, die teilweise sehr anfällig und zusätzlich kostenintensiv sind. Der Ausbau mit flächendeckenden Lösungen ist für die Gemeinden eine finanzielle Herausforderung. Um dies aufzufangen wird die Förderung des Landes in Anspruch genommen. Somit werden nach erfolgreichem Durchlaufen der Antragsprozedur 90% der Kosten übernommen. Die restlichen 10% müssen die Gemeinden selbst aufbringen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund weist allerdings auf Gesamtdeutschland bezogen darauf hin, daß häufig der zu erbringende Eigenanteil „eine wirkliche Herausforderung in Zeiten knapper Kassen“ darstellt.

Bürgern die Technologie erklären

In allen Fällen, in denen Förderungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch genommen werden sollen, muß das wirtschaftlichste Angebot gewählt werden. Vorbehalte der Bürger gegen eine bestimmte Technologie mit der das Internet übertragen werden soll, spielen dabei keine Rolle. Die Aufgabe der Gemeinden ist hierbei auch, Vorbehalte auszuräumen und den Nutzen der Erschließung klar darzustellen. Besonders wichtig für den Ausbau ist das Engagement der Verantwortlichen. Auch wenn der Breitbandausbau Zeit in Anspruch nimmt, muß die Aufgabe doch von den bereits vorhandenen Kräften gestemmt werden. Von selber geht es nicht. →

**Schnelle Netze, Teil 12****DRANBLEIBEN ...**

Bürger müssen Bedarf artikulieren

Der Ausbau der einzelnen Kommunen im Amtsbereich Eldenburg Lütz ist unterschiedlich vorangeschritten. Sechs sind voll bzw. gerade baulich erschlossen worden, andere haben über den Ausbau entschieden, die Beauftragung erteilt und sollten bis Ende des Jahres angeschlossen sein. Andere warten auf die Ausschreibung, oder haben diese gerade abgeschlossen. In den Gemeinden Passow, Suckow und Kritzow wurden im Juli gemäß den Förderbedingungen Einwohnerversammlungen zur Information und Bedarfsanalyse durchgeführt. Initiiert wurde auch die Bürgerversammlung am 7. Juli in Kritzow von Herrn Golisz aus dem Amt Eldenburg Lütz. Die Lokalredaktion der Schweriner Volkszeitung berichtete darüber in der Samstagsausgabe vom 10. Juli:

*Quelle: Schweriner Volkszeitung*

Als letzte der 16 Gemeinden des Amtes Eldenburg Lütz ist nun auch Kritzow offiziell auf dem Weg zum schnellen Internet („Breitband“). Die Einwohner sind jetzt aufgefordert, ihren Bedarf z.B. per Fragebogen oder direkt beim Amt anzuzeigen. Wichtig: Die Interessensbekundung allein bedeutet nicht, einen Vertrag einzugehen.



Horst Tober, Bürgermeister der Gemeinde Dobbertin, Quelle: Gemeinde Dobbertin

Die bestehende Versorgung der Gemeinde in den einzelnen Ortsteilen ist qualitativ zwar sehr unterschiedlich, insgesamt jedoch eher schlecht. In Benzin steht 94% der Haushalte eine Übertragungsleistung von maximal 384 Kb/s (kB) zur Verfügung. „Das ist alles andere als zeitgemäß“, sagt Gerd Holger Golisz, für das Thema Breitbandversorgung verantwortlicher Mitarbeiter im Amt Eldenburg Lütz. „Damit kommen Sie zwar ins Internet, aber die Qualität ist oft schlecht und die Verbindung wird immer wieder unterbrochen.“ Am drastischsten stellt sich die Situation in Kritzow selbst, wo 98% der

Haushalte keinen Internetzugang haben, in Schlemmin hingegen ergibt sich folgendes Bild: 348 kB in fast der Hälfte, ein Mega-Byte in 40% und sogar das Zwölfwache im Rest der Haushalte.

Die Erschließung in den Städten sei mittlerweile fast durchgehend gut, weil sich die Investitionen wegen vieler möglicher Kunden auf vergleichsweise engem Raum mehr gelohnt hätten. Das Amt habe sich jedoch zum Ziel gesetzt, die Defizite in den anderen Gebieten zu beseitigen. Dabei helfe die vom Land ins Leben gerufene „Breitbandinitiative“. Sie ermöglicht eine 90-prozentige Förderung, den Rest muß die Gemeinde als Eigenanteil

tragen. Golisz: „Das sollten Sie angesichts einer auch hier nicht rosigen Finanzlage unbedingt in Anspruch nehmen, denn wo gibt es noch eine so hohe Unterstützung? Um in ihren Genuß zu kommen, besteht der Fördermittelgeber – das Landwirtschaftsministerium – darauf, ein vorgegebenes Verfahren einzuhalten. Erster Schritt ist die Bedarfsermittlung.“ Vorgegeben ist, durch den Ausbau für Privathaushalte einen Wert von zwei und für Unternehmen sechs Mega-Bytes zu erreichen.

Gar nicht investiert werde, wenn die Einwohner das Angebot nicht wollen, sich also zu wenig Interessenten melden, wie es schon einmal der Fall war. „Was geschehen soll, bestimmen Sie. Wir tun es nicht für uns, sondern helfen Ihnen als Amt bei der Umsetzung. Fakt ist allerdings, daß ohne Internet mittlerweile kaum noch etwas geht“, sagt Golisz. „So ist eine gute Breitbandversorgung z.B. ein entscheidendes Kriterium für die Standortwahl von Betrieben, die darauf angewiesen sind, Daten schnell übermitteln zu können.“ Außerdem entwickle sich auch das Amt im Internet langfristig betrachtet zu einem „Dienstleistungsportal“, bei dem die Entfernung zum Wohnort immer weniger eine Rolle spiele.

